

## Home Sweet Home?

### Sinsheimer Auswanderer zwischen der Sehnsucht nach einem besseren Leben und den Mühlen der Bürokratie

*Vanessa Didion-Köhler*

Deutschland – ein Einwanderungsland? Seit einigen Jahren ist ein deutlicher Bevölkerungszuwachs in Deutschland zu verzeichnen, der vor allem aus Zuwanderung resultiert. Die Flüchtlingskrise hat ihren Teil dazu beigetragen. Schlagzeilen – insbesondere auch im Frühjahr des Jahres 2020 – zeigen, welche dramatischen Szenen sich an Grenzübergängen in Griechenland und der Türkei abspielen. Menschen, die vor wirtschaftlicher Not und Krieg flüchten oder aufgrund Diskriminierungen durch das politische System ihre Heimat verlassen. Sie alle suchen Zuflucht in Europa, viele von ihnen mit dem Ziel Deutschland. Auch in Baden-Württemberg ist ein deutlicher Bevölkerungszuwachs trotz gleichzeitiger Abwanderung zu verzeichnen. Es stellt sich jedoch die Frage: War Deutschland schon immer ein Einwanderungsland? Ein Blick ins Stadtmuseum Sinsheim und den Ausstellungsbereich der Auswanderung gibt aus Sicht der badischen Geschichte Antworten auf diese Frage. Denn was Baden sowohl im 18. als auch im 19. Jahrhundert erlebte, waren Auswanderungswellen, die zahlenmäßig nie wieder übertroffen wurden. Während Baden-Württemberg heute von einem Zuwachs geprägt ist, sah dies vor etwa 200 Jahren ganz anders aus. Ein grundsätzlicher Blick in die Geschichte lehrt uns außerdem: Flucht- und Wanderungsbewegungen sind keineswegs ein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Migration zieht sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte.

Bereits seit der Antike sind phasenweise Auswanderungsströme von ganzen Bevölkerungsgruppen verzeichnet.<sup>1</sup> Vor 200 Jahren erreichten die Auswanderungswellen insbesondere nach Nordamerika Rekordzahlen. Zwischen 1816 und dem Ersten Weltkrieg haben geschätzte 5,5 Millionen Deutsche ihren Weg nach Nordamerika angetreten.<sup>2</sup> Wirtschaftliche Not, Kriege, Perspektivlosigkeit und politische Unzufriedenheit waren wesentliche Gründe für den Wegzug. Sie unterscheiden sich also gar nicht so sehr von den Motiven der heute flüchtenden Menschen. Auf der anderen Seite stehen die Pull-Faktoren, die bereits im späten 19. Jahrhundert entscheidend waren und die mit der globalen Vernetzung, der Digitalisierung und des damit

1 Schnabel, S. 27.

2 Fies, 2018, S. 41.

verbundenen einfacheren Informationsaustausches heute deutlich zugenommen haben: die Lebensqualität im angestrebten Einwanderungsland, das politische System, die Religionsfreiheit, bessere Löhne, mehr Arbeit, soziale Auffangnetze. Kontrollmechanismen und eine institutionalisierte Aus- und Einwanderungspolitik sind heute an den Außengrenzen der EU ebenso wichtig wie schon in den Auswandererhäfen des 19. Jahrhunderts, wo Menschen massenweise zusammenkamen und auf Schiffsplätze warteten, Geld an dubiose Auswanderungsagenten zahlten, nur um dann mittellos in Antwerpen, Rotterdam oder Bremen zu stranden.

Im Stadtmuseum und Stadtarchiv Sinsheim ist das Thema Auswanderung auch heute noch allgegenwärtig. Diverse Archivakten aus Sinsheim und den dazugehörigen Stadtteilen geben Einblick in die bürokratischen Abläufe der Amtsstadt. Auswandererbriefe lassen uns an Einzelschicksalen teilhaben. Das Stadtmuseum Sinsheim beherbergt neben schriftlichen Zeitzeugnissen auch die materielle Erinnerungskultur dieses wichtigen Abschnitts in der Geschichte Badens. Nach einem kurzen Blick ins 18. Jahrhundert soll im folgenden Beitrag die Auswanderungssituation nach Nordamerika aus Baden im 19. Jahrhundert genauer betrachtet werden.

## Die Situation im ausgehenden 17. und 18. Jahrhundert

Um die Auswanderungssituation im 19. Jahrhundert besser einordnen zu können, lohnt es sich, einen kurzen Blick ins 18. Jahrhundert zu werfen. Durch die verheerenden Kriege des 17. Jahrhunderts – nach dem Dreißigjährigen Krieg litten die Menschen Südwestdeutschlands auch unter dem Pfälzischen Erbfolgekrieg in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts – verringerten sich die Bevölkerungszahlen zunächst drastisch. Kriegskontributionszahlungen, Plünderungen, Zerstörung von Städten und landwirtschaftlicher Fläche hatten den Menschen einiges abverlangt. Vor allem im Dreißigjährigen Krieg verloren viele ihr Leben. Bereits Ende des 17. Jahrhunderts kam es zu einer ersten großen Auswanderungswelle, die ins 18. Jahrhundert hineinreichte. Zu dieser Zeit sind bereits erste Ströme nach Amerika zu verzeichnen, auch wenn diese noch nicht die gleichen Ausmaße annahmen wie im 19. Jahrhundert. Die meisten wanderten zunächst nach Osteuropa in die österreichischen Gebiete aus.<sup>3</sup> Aber auch diverse nordamerikanische Großgrundbesitzer waren in Europa, unter anderem in Deutschland, bereits im frühen 18. Jahrhundert auf der Suche nach tüchtigen Arbeitern und betrieben ein reges Werben im Auswanderungsland für das Leben in Übersee. Werbung, die nicht gern gesehen war und daher bald von den badischen und kurpfälzischen Landesherren untersagt wurde, da eine Abwanderung von Steuerzahlern nicht in ihrem Interesse lag.<sup>4</sup> Nach den Kriegen und dem damit verbundenen Bevölkerungsverlust war der Aufbau der hegemonialen Ordnung ihre oberste Priorität. Zu einer florierenden herrschaftlichen Einheit gehörte schließlich eine zahlenmäßig starke Bevölkerung. Die angestrebten Maßnahmen der Landesfürsten orientierten sich daher sogar in Richtung einer Peuplierungspolitik.<sup>5</sup> Doch ein weiteres

3 Schnabel, S. 27.

4 Scheuerbrandt, S. 76.

5 Schnabel, S. 27.

strukturelles Problem erschwerte es den Menschen, ihre Zelte in der Heimat abzubauen: die Leibeigenschaft, die in Baden erst 1783 abgeschafft wurde.<sup>6</sup> Die ländliche Bevölkerung war mehrheitlich unfrei und in ihrer Mobilität eingeschränkt. Leibeigene mussten zunächst eine Erlaubnis zur Reisefreiheit bei ihren jeweiligen Landesherren einholen. Die sogenannte Leibloslassung – Manumissio – war mit hohen Kosten verbunden. Der Staat rechtfertigte diese Abgaben mit der Wiedergutmachung der zu erwartenden Einbußen an Steuern, die mit dem Wegzug des wertvollen Untertanen eintreten würden.<sup>7</sup> Da viele jedoch ein Ablehnen des Antrags fürchteten und sich außerdem die anfallenden Kosten nicht leisten konnten, dürfte die Dunkelziffer der illegal ausgewanderten Menschen hoch sein.

Die Gründe für das Auswandern im 18. Jahrhundert unterscheiden sich nicht sehr von denen des 19. Jahrhunderts. Südwestdeutschland war zu Beginn des 18. Jahrhunderts zunächst noch belastet durch die Kriegsschäden des Pfälzischen Erbfolgekrieges. Hohe Steuern schröpften das ohnehin geringe Einkommen der Menschen.<sup>8</sup> Im Verlauf des Jahrhunderts prägten Landmangel, Armut und Perspektivlosigkeit ihren Alltag. Unzufriedenheit und Hoffnungslosigkeit verbreiteten sich. Wenn auch vermindert, so sind dennoch auch religiöse Auswanderungen verzeichnet. Dieser Alltag stand in krassem Gegensatz zu dem, was die Menschen aus Nordamerika hörten. Die Berichte, die aus Übersee eintrafen, ließen ganze Luftschlösser entstehen. 1706 kursierte hierzulande eine Schrift mit dem Titel *Außführlich- und umständlicher Bericht von der berühmten Landschafft Carolina in dem engelländischen America gelegen*, verfasst von einem Eschelbronner Pfarrer, der Amerika als das gelobte Land angepriesen hatte. Auch Briefe von Bekannten und Verwandten, die bereits ausgewandert waren, ließen Hoffnungen aufkeimen. Selbst realitätsnähere Berichte über die wahren Lebensumstände in Nordamerika, die beschwerliche Überfahrt und die Schwierigkeiten, sich ein neues Leben aufzubauen, konnten diesen Überschwang nicht bremsen.

## Die Situation im 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert veränderte sich das Wanderungsverhalten der Badener. War man zuvor noch verstärkt nach Ungarn oder Siebenbürgen gezogen, so suchte nun die Mehrheit ihr Glück in Nordamerika. In mehreren Auswanderungswellen beginnend 1816/17 bis in die 1880er begaben sich tausende Menschen auf eine lange und beschwerliche Reise in ein neues Leben. Doch warum gaben überhaupt so viele Menschen gleichzeitig ihre Heimat auf? Was das frühe 19. Jahrhundert betrifft, liegt eine der Antworten 12.000 km entfernt in Indonesien, wo sich 1815 eine Naturkatastrophe ereignete. Auf der neben Lombok gelegenen Insel Sumbawa brach der Vulkan Tambora aus und veränderte das Klima weltweit. Die Eruption beförderte eine Aschewolke in die Stratosphäre, die sich wie ein Dunstschleier auch um Westeuropa legte und die Sonnenstrahlen reflektierte. Die Folge war ein ungewöhnlich kalter

6 Fogleman, S. 15–19.

7 ebd., S. 20.

8 ebd., S. 33.

und feuchter Sommer – für die ohnehin schon an ihre Grenzen geratene Landwirtschaft in Baden eine Katastrophe. 1816 ging als das Jahr ohne Sommer in die Geschichte ein. Konsequenzen waren Missernten, Hungersnöte, eine Teuerung der Lebensmittel und Armut. Die Ernteausfälle blieben jedoch nicht die einzigen Gründe, warum sich in Baden immer mehr Unzufriedenheit ausbreitete. Vor allem die wirtschaftliche Situation machte der Gesellschaft schwer zu schaffen. Die Bevölkerungszahlen hatten sich erholt und wuchsen konstant an. Die landwirtschaftlichen Methoden waren noch immer weitestgehend veraltet, und nur wenige Neuerungen prägten den bäuerlichen Alltag. Durch den Bevölkerungszuwachs erhöhte sich der Druck auf die Landwirtschaft. Zusätzlich hatte das Festhalten des Großherzogtums an der erbrechtlichen Teilung der nutzbaren landwirtschaftlichen Fläche unter dem Aspekt der wachsenden Bevölkerungszahlen nachhaltige Folgen für den Einzelnen.<sup>9</sup> Der Besitz eines jeden Landwirts wurde immer kleiner, die Ertragslage der eigenen bewirtschafteten Fläche immer geringfügiger. Es wurde immer schwieriger, eine ganze Familie zu ernähren. Durch die Krise mussten viele Höfe ihre Arbeiter entlassen, die Kaufkraft sank, und das machte sich schließlich auch in den zurückgehenden Gewinnen der Handwerker bemerkbar. Das Jahr ohne Sommer und die Folgejahre wurden zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise. Viele sahen als Ausweg nur den Wegzug. Allein 1817 sind für Baden 16.361 Auswanderer verzeichnet.<sup>10</sup>

Bis Mitte des 19. Jahrhundert sollte sich an dieser Situation auch kaum etwas ändern. Ganz im Gegenteil: Knapp 1,4 Millionen Menschen lebten in 1.500 badischen Gemeinden.<sup>11</sup> 1846/47 sah sich Baden bereits mit der nächsten Versorgungskrise konfrontiert. Die Kartoffelfäule und daraus resultierende Missernten sorgten für katastrophale Zustände, schließlich war die Kartoffel ein Hauptnahrungsmittel und unter normalen Bedingungen besonders ertragsreich.<sup>12</sup> Und damit nicht genug hatte die ländliche Bevölkerung Badens noch mit einem ganz anderen Problem zu kämpfen. Seit Gründung des Großherzogtums Baden 1806 hatten sie doppelte Steuerabgaben zu leisten. Zum einen an das Großherzogtum, zum anderen an den jeweiligen Standesherrn, ein Überbleibsel aus der Zeit vor der territorialen Neuordnung Anfang des Jahrhunderts. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ist folglich vor allem durch eine wirtschaftliche Krise geprägt, die in dieser Zeit noch besonders eine Krise der Landwirtschaft war, sich jedoch auch auf die anderen Lebens- und Alltagsbereiche ausweitete. Baden stand vor dem Pauperismus, der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.<sup>13</sup> Die wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit der Land- und Stadtbevölkerung Badens mündete schließlich in der Badischen Revolution von 1848/49. Nach deren Scheitern sahen sich viele der Aufständischen gezwungen, ihrer Heimat für immer den Rücken zu kehren. Es war oft ihre einzige Chance, um einer Haftstrafe zu entgehen. Da eine Auswanderung unter diesen besonderen Umständen nicht legal war, dürfte die Dunkelziffer der tatsächlich ausgewanderten Menschen Mitte des 19. Jahrhunderts groß

9 Brünig und Exner, S. 15.

10 Fies 2018, S. 41.

11 Brünig und Exner, S. 4.

12 ebd., S. 15.

13 ebd., S. 4.

sein. Von einigen berühmten Sinsheimer Auswanderern und deren Fortleben gelangten im Laufe der Jahre dennoch Neuigkeiten bis nach Baden, z. B. über Franz Sigel oder Gustav Mayer, beides Persönlichkeiten, die auch im Stadtmuseum Sinsheim thematisiert werden. Andere Bürger verließen ebenfalls die Heimat mit dem noch nicht aufgegebenen Traum einer demokratischen Republik und legten alle Hoffnungen auf das Leben in Amerika.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es zu einer weiteren Auswanderungswelle, die jedoch einen anderen Charakter hatte. Für die Menschen im Kraichgau war die Landwirtschaft noch immer das ökonomische Rückgrat. Die Prozesse der Industriellen Revolution waren nun endlich auch in Baden zu spüren, aber sie erfassten den ländlichen Alltag nur langsam. Erst die Eisenbahn, die jetzt auch Baden und den Kraichgau eroberte – die Strecke von Meckesheim über Sinsheim nach Bad Rappenau eröffnete 1868 –, machte Orte wie Heidelberg oder Mannheim und die dort ansässigen Fabriken zumindest für einige Menschen erreichbar.<sup>14</sup> Es ist daher nicht verwunderlich, dass ab 1880 nicht mehr nur die Push-Faktoren, also die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Heimatland, sondern auch die Pull-Faktoren ihren Teil dazu beitrugen, mehr Badener für eine Auswanderung nach Amerika zu erwärmen. Denn Berichte über die florierende US-amerikanische Wirtschaft, die in den neu gegründeten Fabriken händeringend nach tüchtigen Arbeitern suchte, weckten Hoffnungen. Das veränderte auch die Struktur der Auswanderung: Waren es noch zu Beginn des Jahrhunderts vor allem Familien mit landwirtschaftlichem Hintergrund, so brachen nun vermehrt Einzelpersonen, Handwerker und Arbeiter ihre Zelte in Deutschland ab. Angetrieben von Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit suchten tausende, vor allem junge Badener ihr Glück in der Ferne. Auch die Beförderungsmöglichkeiten verbesserten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als mehr und mehr Dampfschiffe den Weg nach Amerika antraten und die Segelschiffe bald vollständig ablösten. Man geht heute von mehr als 180.000 Menschen aus, die Südwestdeutschland allein im 19. Jahrhundert verließen.<sup>15</sup> Der Staat sah darin im Vergleich zu noch 100 Jahren zuvor eine große Chance – zumindest wurde die Auswanderung eine Zeitlang als die Lösung vieler sozialer und wirtschaftlicher Probleme betrachtet.

1803 wurde das Thema Gegenstand einer badischen Verordnung,<sup>16</sup> in der das Recht auf Auswanderung erstmals herrschaftlich legitimiert wurde und 1818 sogar Einzug in die badische Verfassung hielt. Wer also gehen wollte, der konnte dies mit dem Segen der Regierung tun, allerdings nicht, ohne zunächst diverse bürokratische Hürden nehmen zu müssen. Denn auch wenn die badischen Untertanen seit Ende des 18. Jahrhunderts keine Leibeigenschaft mehr erdulden mussten und eine Auswanderung grundlegend erlaubt war, konnte der Wegzug nicht ohne weiteres erfolgen.

Aus Akten im Sinsheimer Stadtarchiv gehen nur selten die emotionalen Beweggründe hervor, weshalb die Menschen ihr Glück in der Ferne suchten. Im Folgenden sollen jedoch einige wenige Dokumente einen Einblick in Einzelschicksale geben. Zunächst bedurfte es,

14 Bauer (Eisenbahnen), S. 40.

15 Landesarchiv Baden-Württemberg, Auswertung der Datenbank nach Zeiträumen, Stand 1. Januar 2002.

16 Kur-Badisches Regierungsblatt Nr. 3 vom 17. Januar 1804, S. 13. Vgl. auch Schnabel (wie Anm. 1), S. 28.

wie erwähnt, einer formellen amtlichen Erlaubnis zum Wegzug. Außerdem mussten die Vermögenswerte offengelegt werden, um sicherzustellen, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Bezahlung einer Überfahrt vorhanden waren. In der regionalen Presse wurde das Auswanderungsvorhaben angekündigt. Ein Datum wurde festgelegt, an dem es zur Begleichung eventuell noch existierender Schulden kommen konnte – die sogenannte Tagfahrt zur Schuldenliquidation. Der oder die Auswandernde musste darüber hinaus einen Reisepass für das In- und Ausland beantragen. Männer im militärpflichtigen Alter benötigten außerdem eine Erlaubnis der Militärbehörde. Da eine Auswanderung immer häufiger als Mittel zur Umgehung des Militärdienstes herangezogen wurde, beschränkte man die Gültigkeit der ausgestellten Reisepässe bis zum Beginn des 20. Lebensjahres. Spätestens dann wären die Ausgewanderten verpflichtet gewesen, in ihre Heimat zurückzukehren und ihren vaterländischen Pflichten nachzukommen. Wie viele dies tatsächlich umsetzten und ob die Ausgewanderten in den Weiten Nordamerikas überhaupt noch auffindbar waren, ist jedoch fraglich.

Als besonders interessant stellte sich bei den Recherchen der Fall der ledigen Sinsheimer Bürgerin Elisabeth Schweinfurth heraus, die 1840 einen Antrag auf Auswanderung nach Nordamerika stellte. Ein Grund für ihren Entschluss seien familiäre Erbschaftsangelegenheiten, die jedoch nicht weiter erläutert werden. Wir erfahren aus der Akte, dass sie zuvor aus dem Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha ausgewiesen wurde, die Gründe bleiben jedoch unbekannt. Eventuell war Vagabundieren der Anlass, denn seit 1814 soll sie laut Akte bereits rastlos herumgereist sein. Dies bleibt jedoch reine Spekulation. Für ihr Reisevorhaben musste

Nro. 6565. Die dieses Frühjahr nach Amerika ausgewanderte ledige Elisabetha Schweinfurth von hier ist um Verabfolgung ihres noch in 160 fl. 41 fr. bestehenden Vermögens eingekommen. Es wird daher Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf

Mittwoch den 3. November,  
früh 8 Uhr,

auf diesseitiger Amtskanzlei anberaunt. Wer nun einen Anspruch an die Elisabetha Schweinfurth zu machen hat, hat solchen in genannter Tagfahrt um so gewisser anzumelden und geltend zu machen, widrigenfalls man das Vermögen derselben werde verabfolgen lassen und den etwa später erscheinenden Gläubigern zu ihrer Befriedigung nicht mehr zu verhelfen im Stande ist.

Sinsheim, den 16. Oktober 1841.

Großh. bad. fürstl. lein. Bezirksamt.  
F e l l e i s e n.

Wochenblatt für die Bezirksamter Sinsheim, Neckarbischofsheim und Wiesloch, Nr. 85, Freitag, den 22. Oktober 1841. Bildrechte © Stadtarchiv Sinsheim

auch sie ihre Vermögenswerte offenlegen und einen Reisepass beantragen. Dieser wurde nach erfolgreicher Genehmigung durch die Regierung des Unterrheinkreises in Mannheim vom Bezirksamter Sinsheim ausgestellt. Am 5. Mai 1841 befand sich Elisabeth Schweinfurth auf einem Schiff, das sie von Le Havre nach New York bringen sollte. Dies ist insofern interessant, als die Veröffentlichung ihrer Auswanderung und eventuell zu begleicher Schulden erst ein knappes halbes Jahr später, nämlich am 22. Oktober 1841, in der regionalen Presse erfolgte. Die Tagfahrt zur Schuldenliquidation musste also nicht notgedrungen vor der Abreise stattfinden.

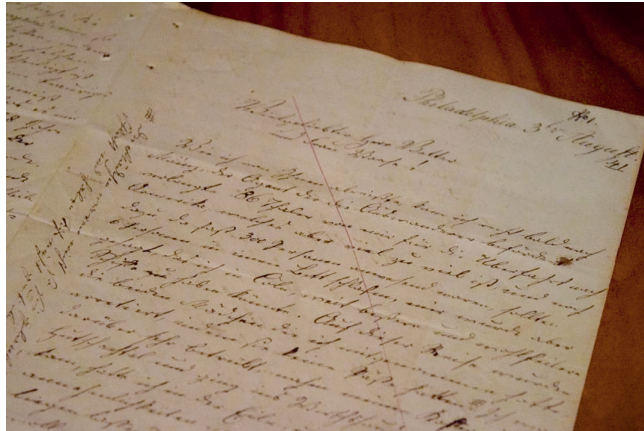
*Die dieses Frühjahr nach Amerika ausgewanderte ledige Elisabetha Schweinfurth von hier ist um Verabfolgung ihres noch in 160 fl. 41 fr. bestehenden Vermögens eingekommen. Es wird daher Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf Mittwoch den 3. November, früh 8 Uhr, auf diesseitiger Amtskanzlei anberaunt. Wer nun einen Anspruch an die Elisabetha Schweinfurth zu machen hat, hat solchen in genannter Tagfahrt um so*



*gewisser anzumelden und geltend zu machen, widrigenfalls man das Vermögen derselben werde verabfolgen lassen und den etwa später erscheinenden Gläubigern zu ihrer Befriedigung nicht mehr zu verhelfen im Stande ist. Sinsheim, den 16. Oktober 1841. Groß[erzöglich] bad[isch] fürstl[ich] lein[ingensches] Bezirksamt. Felleisen.<sup>17</sup>*

Für den Fall eventuell angezeigter Schulden hatte das Bezirksamt Sinsheim eine finanzielle Rücklage aus dem Vermögen Elisabeth Schweinfurths als Absicherung einbehalten. Aus der Akte geht auch hervor, dass auswandernde Bürger sich aktiv und bewusst gegen die Heimat entschieden und somit nicht nur das städtische Bürgerrecht, sondern auch die badische Staatsbürgerschaft verloren. Im Reisepass der Antragstellerin wurde daher ein Vermerk gesetzt, dass sie bei eventueller Rückkehr abgewiesen und an die badische Grenze eskortiert werden könne.<sup>18</sup> Eine Rückkehr wurde den Ausgewanderten zumindest Mitte des 19. Jahrhunderts somit erschwert.<sup>19</sup> Durch einen von Elisabeth Schweinfurth am 3. August 1841 in Philadelphia verfassten Brief erfahren wir, dass sie das Ziel ihrer Reise erreichte: Sie hatte es nach Amerika geschafft.<sup>20</sup> Da die amtlichen badischen Ausreisedokumente von ihr mit drei „X“ unterschrieben wurden, ist davon auszugehen, dass sie diesen Brief diktieren und von anderer Hand schreiben ließ. Das Dokument ist eine private Leihgabe und im Stadtmuseum Sinsheim ausgestellt.

Um dem Verlust der Staatsbürgerschaft oder der Begleichung existierender Schulden zu entgehen, entschieden sich auch noch im 19. Jahrhundert viele Menschen trotz gesetzlicher Unbedenklichkeit zu einer illegalen Auswanderung.



*Brief der Elisabeth Schweinfurth, Philadelphia, 3. August 1841.  
Bildrechte © Stadtmuseum Sinsheim*

## Auswanderung als sozialpolitisches Instrument

Nachdem sich die Bevölkerungszahlen im 19. Jahrhundert weitestgehend erholt hatten und sogar so rasant angestiegen waren, dass eine Versorgungsknappheit und berufliche

<sup>17</sup> Landbote vom 22. Oktober 1841.

<sup>18</sup> St A SNH, Sinsheim A 1605.

<sup>19</sup> Dies geht aus der Akte aus der Mitte des 19. Jahrhunderts hervor. Im 20. Jahrhundert änderte sich diese Rechtslage wieder.

<sup>20</sup> Brief der Elisabeth Schweinfurth, 3. August 1841.

Perspektivlosigkeit den badischen Alltag prägten, bauten sich nach und nach die Vorbehalte gegen einen Auswanderungswunsch ab. Der Wegzug von Bürgern wurde immer wohlwollender betrachtet, um die Bevölkerungszahlen zu entlasten und der Wirtschaft mehr Raum zu geben. Bald entwickelte sich daraus ein sozialpolitisches Instrument. Nicht nur verarmten, sondern auch straffällig gewordenen Bürgern ermöglichte man eine Auswanderung durch die Übernahme der Kosten. Ab 1850 entschied sich Baden zu einem drastischen und historisch besonders interessanten Vorgehen: Ganze Dorfgemeinschaften erhielten eine finanzielle Förderung zur Auswanderung. Jeder im Dorf, der wollte, konnte sich den Auswanderern anschließen, die Kosten wurden von den Gemeinden übernommen. Die sozialen Probleme Badens wurden schlichtweg exportiert.<sup>21</sup> Am 4. September 1852 verließen beispielsweise 165 Bürger den Ort Kirchartd. Sie reisten gemeinsam über Mannheim und Rotterdam nach Baltimore. Die Gemeinde brachte 10.000 Gulden auf, um den Auswanderern die Reise zu ermöglichen. Damit sollten auf lange Sicht hin die Lebensbedingungen im Ort verbessert werden.<sup>22</sup>

In einer Eschelbacher Archivakte aus dem Jahr 1851<sup>23</sup> ist der Fall der beiden Schwestern Magdalena und Barbara Edian dokumentiert. Sie hatten sich 1848 des Diebstahls schuldig gemacht und wurden zu einer Haftstrafe verurteilt. Das großherzogliche Staatsministerium entschloss sich zu einem ganz besonderen Angebot: Die beiden Schwestern sollten nach Amerika auswandern und dort ein neues Leben beginnen. Im Gegenzug würde sich die Haftstrafe deutlich verkürzen. In Amerika wären sie dann schließlich frei. Sollten sie sich jedoch gegen ein solches Angebot entschließen, so sei die Haftstrafe in ihrer vollen Länge abzusitzen: *daß der Rest der Strafe unnachsichtlich vollzogen werde, wenn sie nicht in angemessener Frist auswandern oder wieder zurückkehren.*<sup>24</sup> Magdalena und Barbara Edian entschlossen sich für das Angebot. Sie wollten ihr Glück in der Ferne versuchen – vielleicht auch, weil sie dieses in Baden, wie es scheint, bisher nicht finden konnten. Die Reise sollte möglichst zeitnah und ohne Umwege erfolgen. Der Eschelbacher Bürgermeister wurde daraufhin beauftragt, sowohl Kleidung als auch Lebensmittel zusammenzustellen sowie die drei Kinder der Barbara Edian an den Abfahrtsort in Mannheim zu bringen. Damit stehe einer gemeinsamen Reise nichts im Wege. Die Kosten übernahm in diesem Fall die Staatskasse. Ungewöhnlich ist dieses Vorgehen, wie bereits beschrieben, nicht. Oftmals wurden nicht nur die Reise- und Verpflegungskosten bezahlt, sondern auch neue Kleidung sowie ein erstes kleineres Startvermögen, um überhaupt Fuß in Nordamerika fassen zu können. Im Verlauf der Akte erfahren wir weiterhin, dass auch der Bruder der beiden Schwestern, Oswald Edian, eine perfekte Gelegenheit witterte. Auch er bat um Ausreiserlaubnis nach Nordamerika und begründete seinen Entschluss mit brüderlicher Fürsorgepflicht. Eine Auswanderung seiner beiden Schwestern ganz allein mit den Kindern an ein so weit entferntes Ziel konnte er nicht gutheißen: *daß es diesen zwei Mädchen mit*

21 Schnabel, S. 33.

22 Bauer (Gründerjahre), S. 7.

23 St A SNH, Eschelbach A 660.

24 ebd.



*den 3 kleinen Kindern keine Kleinigkeit ist, eine solche Reise und in eine andre Welt so ganz alleine, ohne einen Mann bei sich zu haben, zu machen.*<sup>25</sup>

Er bot sich daher an, die beiden bei ihrer Reise zu begleiten und gemeinsam mit ihnen ein neues Leben in Amerika aufzubauen. Ob aus reiner brüderlicher Fürsorge oder ob auch ein Eigeninteresse dahinterstand, bleibt sein Geheimnis. 1851 bat er also um die Übernahme der Kosten für die Ausreise, da er sich das Vorhaben mit seinen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht finanzieren könne. Darüber hinaus ersuchte er auch die Bereitstellung ordentlicher Kleidung, die ihm die Chancen auf eine gut bezahlte Anstellung erhöhen sollte: *denn wer mit zerlumpten Kleidern oder nur mit einem Anzug, den er auf dem Leibe trägt, in Arbeit treten will, der wird überall, wo er hinkommt, über die Achsel angesehen.*<sup>26</sup> Im Gegensatz zu seinen beiden Schwestern wurde seinem Anliegen jedoch nicht komplett stattgegeben. Zwar erteilte man ihm eine Ausreiseerlaubnis, allerdings sah sich die Amtskasse Sinsheim nicht in der Verantwortung, auch für ihn die anfallenden Kosten zu übernehmen. So müsse entweder er oder seine badische Heimatgemeinde, in diesem Fall also Eschelbach, für die finanziellen Anstrengungen aufkommen. Seine Auswanderung schien jedoch nach Prüfung der Sachlage im Interesse aller zu sein – die Gemeinde unterstützte sein Vorhaben mit 25 Gulden.

Vielen badischen Bürgern wurde durch diese gezielte Unterstützung eine Auswanderung ermöglicht. Die finanzielle Förderung von Auswanderungsvorhaben wurde jedoch mit einer zunehmenden Verknappung der staatlichen Mittel schon 1860 wieder eingestellt.<sup>27</sup>

## Die Sorge um die Auswanderer

Dubiose Auswanderungsagenten und Betrüger witterten in der verzweifelten Hoffnung der Menschen auf ein besseres Leben in Amerika bald ein profitables Geschäft. Nicht selten wurden horrende Summen für eine Überfahrt auf einem Schiff bezahlt. Auch hier erfahren wir wertvolle Informationen aus dem in Philadelphia verfassten Brief der Elisabeth Schweinfurth. Aus diesem geht hervor, dass sie an einen Mainzer Auswanderungsagenten 86 Taler hätte zahlen sollen. Dieses Angebot, *welches aber viel zu viel ist*, schlug sie aus.<sup>28</sup>

Es kam noch hinzu, dass der Ansturm immens war. 300 Personen befanden sich mit der Auswanderin in der Agentur und sie sollten auf der Überfahrt zu sechst ein Bett teilen. Es geht nicht genau aus dem Brief hervor, aber Elisabeth Schweinfurth scheint sich daraufhin wohl eigenständig auf die Reise an die Überseehäfen gemacht zu haben, um selbst einen der begehrten Schiffsplätze zu ergattern. Zunächst landete sie in Rotterdam, wo sie fünf kostspielige Tage verbrachte, danach ging es weiter nach Le Havre: *hier hatte ich aber das*

25 ebd.

26 ebd.

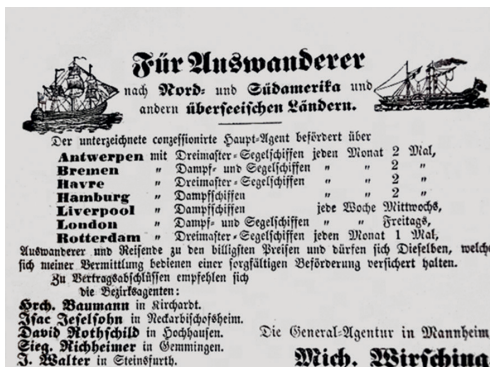
27 Fies, 2018, S. 42.

28 Brief der Elisabeth Schweinfurth, 1841.

*Unglück, 10 Tage krank zu sein, wurde aber Gott sei Dank bald wieder gesund und fand eine Schiffsgelegenheit nach Newyork, welches aber sehr theuer war und 85 Gulden kostete.*<sup>29</sup>

So erging es vielen Auswanderern. Nicht nur die Überfahrt nach Amerika war ein kostspieliges Unternehmen, auch die Reise an die Überseehäfen sowie der tagelange Aufenthalt bis zur Abfahrt der Schiffe verursachte verschleierte und falsch eingeschätzte Kosten, die die Menschen an ein Existenzminimum brachten. Bis viele von ihnen überhaupt auf einem der Schiffe Platz gefunden hatten, waren sie meist mittellos und konnten sich die Überfahrt nicht mehr leisten. Nach Amerika schafften sie es dennoch, denn auch die Reedereien und Kapitäne hatten einen profitablen Nebenerwerb in den Schicksalen der Auswanderer erspäht. Die mittellosen Auswanderungswilligen verschuldeten sich bei den Kapitänen, die zunächst ihre Überfahrt bezahlten. Als sogenannte „redemptioners“ kamen die Auswanderer in der neuen Heimat an. Im Gegensatz zu den Passagieren, die ihre Überfahrt selbst bezahlt hatten, waren die „redemptioners“ gezwungen, nach Ankunft auf dem Schiff auszuharren, bis sie von einem der Großgrund- oder Fabrikbesitzer in Dienst genommen wurden, die sich bei Ankunft der Auswandererschiffe eigens zu diesem Zweck an den Häfen versammelten. Sie kauften den Kapitänen den Schuldschein des Auswanderers ab und nahmen diesen in ihre Dienste. Ein profitables Geschäft – nur nicht für den Ausgewanderten. Die Schuld wurde nun über jahrelange unfreie Arbeit bei einem amerikanischen Dienstherrn abgeleistet. Dieses System war bereits seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts praktiziert worden.<sup>30</sup>

Hinzu kam die Gefahr, den falschen Menschen zu vertrauen. Voller Hoffnung begaben sich einige Auswanderer auf ihre beschwerliche Reise, um letztlich am Abfahrtsafen erfahren zu müssen, dass das von ihnen vermeintlich gebuchte Schiff entweder nicht existierte, bereits seit Tagen abgefahren war, kein Platz in ihrem Namen reserviert wurde oder sie einen viel



**Für Auswanderer**  
nach Nord- und Südamerika und  
andern überseeischen Ländern.

Der unterzeichnete concessionirte Haupt-Agent befördert über

<b>Antwerpen</b>	mit Dreimaster- Segelschiffen jeden Monat	2 Mal,
<b>Bremen</b>	" Dampf- und Segelschiffen "	" 2 "
<b>Havre</b>	" Dreimaster- Segelschiffen "	" 2 "
<b>Hamburg</b>	" Dampfschiffen "	" 2 "
<b>Liverpool</b>	" Dampfschiffen "	jede Woche Mittwochs,
<b>London</b>	" Dampf- und Segelschiffen "	" freitags,
<b>Rotterdam</b>	" Dreimaster- Segelschiffen jeden Monat	1 Mal,

Auswanderer und Reisende zu den billigsten Preisen und kürzten sich Dieselben, welche sich meiner Vermittlung bedienen einer sorgfältigen Beförderung versichert halten.  
In Vertragsabschiffen empfehlen sich  
die Belegagenten:

**Gröb. Baumann** in Kirchort.  
**Isac Felsohn** in Neckarbischofsheim.  
**David Rothschild** in Hochhausen.  
**Sieg. Richeimer** in Gmüngen.  
**J. Walter** in Steinfurth.

Die General-Agentur in Mannheim:  
**Mich. Wirsching.**

*Der Landbote. Verkündungsblatt der Großherzogl. Bezirksämter Sinsheim und Eppingen und der Großherzogl. Amtsgerichte Sinsheim, Neckarbischofsheim und Eppingen, Nr. 82 vom 28. Juli 1866. Bildrechte © Stadtarchiv Sinsheim*

zu teuren Preis dafür bezahlt hatten. Nun standen sie hier, gestrandet in einem fremden Land, ohne Geld und sehr oft ohne das Recht auf eine Rückkehr. Schließlich hatten sie mit dem bewussten Willen zum Wegzug offiziell auf die badische Staatsbürgerschaft verzichtet und ihr gesamtes Hab und Gut in der Heimat veräußert. Bald schon machte sich in den völlig überfüllten Abfahrtsäfen eine schlechte Stimmung breit. Nicht selten sahen sich die Heimatlosen zum Betteln gezwungen. Die chaotischen Zustände sorgten dort bald auch für angespannte Verhältnisse zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern.

29 Brief der Elisabeth Schweinfurth, 1841.

30 Maier, S. 7.

Bereits 1817 wurden ausgehend vom Innenministerium in Karlsruhe Appelle an die Bevölkerung veröffentlicht, die vor einer Auswanderung nach Amerika warnten und auf die Gefahren hinwiesen. Da diese jedoch wirkungslos blieben, sah sich Baden Mitte des 19. Jahrhunderts gezwungen, mehr Verantwortung für die auswandernden Bürger und die staatliche Kontrolle über das Auswanderungswesen zu übernehmen. Auch einer Rückkehr etwaiger gescheiterter Auswanderer, die in der alten Heimat kein Vermögen mehr besaßen, wollte man durch ein institutionalisiertes und geordnetes Auswanderungswesen zuvorkommen. Ab 1847 wurden offizielle Auswanderungsagenten beziehungsweise Transportagenturen von der badischen Regierung ernannt, um sich um die Belange der Bürger, die einen Wegzug aus der Heimat in Betracht zogen, zu kümmern.<sup>31</sup> Die Agenturen warben in der lokalen Presse, so zum Beispiel im Landboten, für ihre Dienste.

Alle bisher tätigen Auswanderungsagenten und -agenturen mussten innerhalb weniger Tage eine obrigkeitliche Erlaubnis einholen oder ihre Tätigkeit einstellen. Die von ihnen ausgegebenen Dokumente verloren dann ihre Gültigkeit. Sieben Jahre später folgte auf diese Regelung eine neue Verordnung mit einem noch umfangreicheren Katalog an Auflagen, die von den Agenturen zu erfüllen waren. Leumundszeugnisse, Kautionen und die Überfahrtsverträge mussten beispielsweise dem Innenministerium vorgelegt werden. Die Verträge mit den Auswandernden mussten in schriftlicher Form erfolgen und ein genaues Abreisedatum sowie ein fester Platz auf einem Schiff garantiert werden. Für die Unterbringung und Verpflegung der Auswanderer im Abfahrtshafen im Falle einer terminlichen Verzögerung hatten die Agenturen sowohl die Verantwortung als auch die Kosten zu übernehmen. Diese Bestimmungen wurden mit dem Großherzogtum Baden geschlossen und regelmäßig überarbeitet beziehungsweise erweitert:

*Die Bürgermeister derjenigen Gemeinden in welchen Auswanderungs-Agenten wohnen, werden beauftragt, diese auf die Bestimmung in § 10 der Verordnung vom 6. November 1865 hinzuweisen, wonach der Ueberfahrtsvertrag vom Agenten dem Auswanderer erst dann verabfolgt werden darf, wann er die amtliche Erlaubniß zur Auswanderung oder den Reisepaß vorgewiesen hat, und Zuwiderhandlungen an dem Agenten mit Geld bis zu 150 M. oder mit Haft bis 4 Wochen bestraft werden. Sinsheim, 24. Mai 1880.<sup>32</sup>*

Die Verträge mit den Agenturen waren zudem bindend.<sup>33</sup> Georg Hauck, der 1883 eine Auswanderung anstrebte, schloss einen Überfahrtsvertrag mit der in Mannheim ansässigen Agentur Gundlach & Bärenklau ab.<sup>34</sup> Darin ging es um einen Platz auf einem der Dampfschiffe, das ihn von Mannheim aus an den belgischen Überseehafen in Antwerpen bringen sollte. Viele der badischen Auswanderer traten ihre Reise von Mannheim aus an, da die

31 Schnabel, S. 33.

32 St A SNH, Hoffenheim A 1286.

33 St A SNH, Hilsbach A 821.

34 Speditions- und Commisions-Geschäft Louis Bärenklau in Mannheim, Sammelstelle für Stückgüter zu Waggonladungen. Concessionirte General-Agentur für Auswanderer nach Amerika etc. unter der Firma: Gundlach & Bärenklau Mannheim.

Überseehäfen von dort über den Rhein gut zu erreichen waren. Aus nicht dokumentierten Gründen wurde die Fahrt von Georg Hauck jedoch nicht angetreten und der Rheindampfer legte in Mannheim ohne ihn ab. Der mit der Agentur geschlossene Vertrag konnte jedoch weder aufgehoben noch an Dritte übertragen werden.<sup>35</sup>

Der für die Überfahrt zu zahlende Betrag blieb bindend, und eine Rückvergütung bei Nichtantritt der Reise war nicht möglich. Bei Abschluss eines Vertrages mit einer anderen Agentur *ist er* [Georg Hauck] *verpflichtet die Hälfte des bedungenen Ueberfahrtsgeldes von der General-Agentur als Entschädigung zu zahlen.*<sup>36</sup>

Dass die Agenturen für die Auswanderungswilligen, die mit ihnen Verträge abgeschlossen hatten, verantwortlich waren, geht aus dieser Akte sehr deutlich hervor. Die Agentur bemühte sich, Georg Hauck auf das nächstmögliche Schiff zu bringen. So wurde gewährleistet, dass er doch noch rechtzeitig in Antwerpen ankam, um die Überfahrt nach Übersee nicht zu verpassen. Darüber hinaus stand ihm, ganz nach Vorgabe durch das Großherzogtum, eine Verpflegung seitens der Agentur zu.<sup>37</sup> Es scheint jedoch, als wäre Georg Hauck aus nicht bekannten Gründen wieder entwischt – und das kurz vor Bezahlung der noch ausstehenden Kosten. Denn die Vertreter der General-Agentur konnten ihn in Antwerpen, wohlgemerkt erst nachdem er sich verköstigt hatte, nicht mehr auffinden. Die Agentur konnte den Platz auf dem Schiff jedoch ohne sein Zustimmung nicht einfach anderweitig vergeben und musste ein Verlustgeschäft befürchten.<sup>38</sup>

Doch nicht nur in Baden selbst begann der Staat Verantwortung für auswandernde Bürger zu übernehmen. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte das Großherzogtum in Nordamerika Konsulate errichtet, um auch den ausgewanderten Bürgern vor Ort Beratungsstellen anzubieten. So zum Beispiel in St. Louis, New Orleans, Philadelphia und Cincinnati. Weitere konsularische Vertretungen folgten. Ein geordnetes Auswanderungswesen sollte auch den staatlichen Interessen dienen und die internationalen Beziehungen nicht nur zu den europäischen Nachbarländern, von welchen aus die Auswandernden in See stachen, sondern auch das Verhältnis zu Amerika schützen. Auch nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 blieb die staatliche Kontrolle sowohl über das Auswanderungswesen als auch die Transportagenturen bestehen:

*Wer bei der Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern als Agent gewerbsmäßig mitwirken will (Reichsgesetz § 11), hat das Gesuch um Erteilung der Erlaubnis bei dem Bezirksamt seiner gewerblichen Niederlassung oder seines Wohnsitzes und im Falle des § 15 Satz 2 des Reichsgesetzes bei demjenigen Bezirksamt einzureichen, auf dessen Bezirk die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs beabsichtigt ist.*<sup>39</sup>

35 St A SNH, Hilsbach A 821.

36 ebd.

37 ebd.

38 ebd.

39 Verordnung des Großherzoglichen Ministerium des Innern, Karlsruhe, vom 23. März 1898; St A SNH, Hoffenheim A 1286.

## Schluss

Das 19. Jahrhundert war in Baden von mehreren großen Auswanderungswellen geprägt. Unterschiedliche Beweggründe veranlassten die Menschen, einen großen Schritt zu wagen und ein neues Leben in einer ihnen völlig fremden Welt zu beginnen. Bevölkerungsdruck, Landmangel, Hungersnöte und Armut drängten die Menschen zu verzweifelten Taten, eine Verzweiflung, aus der viele andere Profit machten. Dubiose Auswandereragenten und Betrüger sorgten für chaotische Zustände in den Abfahrtshäfen. Das Großherzogtum Baden, das im 19. Jahrhundert keine grundsätzlichen Einwände gegen das Auswandern von Bürgern erhoben hatte, institutionalisierte das Vorgehen und stellte es Mitte des Jahrhunderts sogar unter staatliche Kontrolle. Die Ansiedlung Zehntausender badischer Bürger in Nordamerika veranlasste die Regierung letztlich sogar dazu, auch vor Ort eine ständige konsularische Vertretung aufzubauen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gingen die Auswanderungszahlen zurück, denn die wirtschaftliche Situation in Baden hatte sich durch eine verbesserte Mobilität und die fortschreitende Industrialisierung positiv entwickelt. Das 20. Jahrhundert erlebte seine eigenen Auswanderergeschichten. Doch selbst die großen Auswandererwellen des 20. Jahrhunderts (zum Beispiel nach dem Ersten Weltkrieg) erreichten zahlenmäßig die des 19. Jahrhunderts nicht. Auch den USA, dem Einwanderungsland schlechthin, war eine unbegrenzte Aufnahme von Einwanderern bald nicht mehr möglich. Die Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren versetzte auch diesem Traum der unbegrenzten Möglichkeiten ein jähes Ende.

## Literatur & Quellen

- Bauer, Wilhelm: Geschichte der Eisenbahnen im Amtsbezirk Sinsheim. In: *Sinsheimer Hefte*, Nr. 6, Sinsheim 1993, S. 35–60.
- Bauer, Wilhelm: Gründerjahre. In: *Sinsheimer Hefte*, Nr. 7, Sinsheim 1993, S. 7–26.
- Brünig, Rainer und Exner, Peter: Wege aus der Armut. Baden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Karlsruhe 2007.
- Brief der Elisabeth Schweinfurth an ihren Vetter und ihre Cousine, Philadelphia, 3. August 1841. Ausgestellt im Stadtmuseum Sinsheim, private Leihgabe. Bildrechte © Stadtmuseum Sinsheim
- Fies, Alexandra: Die badische Auswanderung im 19. Jahrhundert nach Nordamerika unter besonderer Berücksichtigung des Amtsbezirks Karlsruhe zwischen 1880–1914, Karlsruhe 2010.
- Fies, Alexandra: Von Baden aus in die Neue Welt – Auswanderung aus dem Raum Karlsruhe im späten 19. Jahrhundert. In: Gerd F. Hepp und Paul-Ludwig Weinacht (Hg.): *Heimat in Bewegung. Heimatbewusstsein in Baden in Zeiten von Mobilität und Migration*, Schriftenreihe der Badischen Heimat, Freiburg 2018, S. 41–53.
- Fogleman, Aaron S.: *Hopeful Journeys. German Immigration, Settlement, and Political Culture in Colonial America, 1717–1775*, Philadelphia 1996.
- Friedrich, Holger: Für Freiheit, Recht und Einigkeit. Sinsheim zur Zeit der Revolution 1848/49, Sinsheim 1997.

- Güll, Reinhard: Auswanderung aus Württemberg und Baden. In: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 2013 (9): S. 41–48.
- Kur-Badisches Regierungsblatt Nro. 3 vom 17. Januar 1804. Online unter: [https://digital.blb-  
karlsruhe.de/blbihd/periodical/pageview/784061](https://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/periodical/pageview/784061) (19. Mai 2020).
- Maier, Ulrich: Auf nach Neu-Schottland! Heilbronner Werbeschrift für Auswanderer aus dem Jahr 1751. In: Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (Hg.): *Archivnachrichten* 2001 (22): S. 1–112.
- Scheuerbrandt, Arnold: Die Amerikaauswanderung aus dem Kraichgau und seinen Randbereichen im 18. Jahrhundert. In: *Kraichgau. Beiträge zur Landschafts- und Heimatforschung*, Bd. 9, Heidelberg 1985, S. 65–97.
- Schnabel, Thomas: Auswanderung aus Baden. In: Gerd F. Hepp und Paul-Ludwig Weinacht (Hg.): *Heimat in Bewegung. Heimatbewusstsein in Baden in Zeiten von Mobilität und Migration*, Schriftenreihe der Badischen Heimat, Freiburg 2018, S. 27–39.
- Stadtarchiv Sinsheim (St A SNH), Dühren A 380
- St A SNH, Eschelbach A 660
- St A SNH, Hoffenheim A 1286
- St A SNH, Sinsheim A 1605
- Landesarchivdirektion Baden-Württemberg & Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein e.V. Stuttgart (Hg.): *USA und Baden-Württemberg in ihren geschichtlichen Beziehungen. Beiträge und Bilddokumente*, Stuttgart 1976.
- Landesarchiv Baden-Württemberg: Auswanderung aus Baden im 19. Jahrhundert. Online unter: [https://www.landearchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/60646/Hin\\_u\\_weg\\_  
Tafeln\\_100x70\\_150dpi.pdf](https://www.landearchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/60646/Hin_u_weg_Tafeln_100x70_150dpi.pdf) (14. Mai 2020).
- Landesarchiv Baden-Württemberg: Auswanderungszeiträume. Auswertung der Datenbank nach Zeiträumen. Stand 1. Januar 2002. Online unter: [http://www.auswanderer-bw.de/sixcms/  
detail.php?template=a\\_artikel&id=6540&id2=14630&sprache=de](http://www.auswanderer-bw.de/sixcms/detail.php?template=a_artikel&id=6540&id2=14630&sprache=de) (19. Mai 2020).
- Wochenblatt für die Bezirksamter Sinsheim, Neckarbischofsheim und Wiesloch, Nr. 85, Freitag, den 22. Oktober 1841, St A SNH, Z 559.

## Bildverzeichnis

- Abb. 1: Wochenblatt für die Bezirksamter Sinsheim, Neckarbischofsheim und Wiesloch, Nr. 85, Freitag, den 22. Oktober 1841, St A SNH, Z 559. Bildrechte © Stadtarchiv Sinsheim
- Abb. 2: Brief der Elisabeth Schweinfurth, Philadelphia, 3. August 1841. Ausgestellt im Stadtmuseum Sinsheim, private Leihgabe. Bildrechte © Stadtmuseum Sinsheim
- Abb. 3: Der Landbote. Verkündungsblatt der Großherzogl. Bezirksamter Sinsheim und Eppingen und der Großherzogl. Amtsgerichte Sinsheim, Neckarbischofsheim und Eppingen, Nr. 82 vom 28. Juli 1866, St A SNH, Z 582. Bildrechte © Stadtarchiv Sinsheim